

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 145. Ratssitzung vom 14. April 2021

3856. 2021/45

Dringliches Postulat von Vera Ziswiler (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 03.02.2021:

Bericht über mögliche Massnahmen für einen erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3542/2021): Die Sozialhilfe ist das letzte Netz, wenn jemand keine Arbeit mehr findet, das ganze Vermögen aufgebraucht ist und keine andere Sozialversicherung mehr zuständig ist. Sie ist darum der Grundpfeiler für den sozialen Frieden in unserem Land. Gerade während der Corona-Pandemie schlagen Fachleute Alarm. Die Beratungsstellen und Hilfswerke werden überrannt von Leuten, die verzweifelt sind und nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen. Viele von ihnen wären anspruchsberechtigt auf Sozialhilfe, aber sie trauen sich aus verschiedenen Gründen nicht. Leute mit ausländischer Staatsangehörigkeit trauen sich oft nicht, weil sie Angst haben, mit dem Bezug der Sozialhilfe ihr Aufenthaltsrecht zu gefährden. Aber auch Schweizerinnen und Schweizer vermeiden den Gang zur verpönten Sozialhilfe oder sie haben Angst, was es bedeuten wird, wenn sie einen Sozialhilfeantrag stellen und wie weit in ihr Privatleben hineingeschaut wird, wenn sie alles offenlegen müssen. Die Sozialhilfe hat eine sehr wichtige Funktion. Sie soll verhindern, dass Menschen in Existenznöte geraten und unterstützt Menschen mit gezielten Massnahmen dabei, den Sprung aus der Sozialhilfe zu schaffen. Dadurch ist sie das beste Mittel gegen die Ghettoisierungen oder Parallelgesellschaften. Besonders von Armut betroffen sind vor allem auch Familien mit Kindern und insbesondere alleinerziehende Elternteile. Von den knapp 280 000 Sozialhilfebeziehenden in diesem Land sind ein Drittel Kinder und Jugendliche. Sie sind somit die Altersgruppe, die am stärksten von der Sozialhilfe abhängig ist, ohne dass sie das geringste dafür können. Die Dunkelziffer ist aber weitaus höher, gerade wenn man bedenkt, dass viele Menschen auf Sozialhilfe verzichten, obwohl sie dringend Anspruch darauf haben. Damit sind Kinder in ihrer Entwicklung gefährdet. Sie haben oftmals keinen sozialen Anschluss, sie ernähren sich ungesund, weil die Eltern auf die günstigen Lebensmittel ausweichen müssen und der ewige Druck, den die Eltern spüren, färbt sich auch auf die Kinder ab, was einen negativen Einfluss auf die psychische Gesundheit hat. Das wiederum ist der Nährboden für eine negative Spirale aus schlechter Bildungsperspektive, sozialer Verwahrlosung und Arbeitslosigkeit. Die Wichtigkeit des Sozialhilfenetzes ist daher unbestritten und es gibt klare Kriterien für einen Anspruch darauf. Es ist absolut stossend und nicht akzeptabel, dass Leute aus Angst oder Scham den rechtstaatlichen Anspruch auf Sozialhilfe nicht antreten. Auch der Staat hat ein Interesse daran, dass der Zugang für die Anspruchsberechtigten gewährleistet ist. Offensichtlich ist

das heute ungenügend der Fall. Darum wollen wir, dass der Stadtrat untersucht, wer aus welchen Gründen auf seinen Anspruch verzichtet und wie der Zugang für sie zu einem wichtigen Grundpfeiler des sozialen Friedens in der Schweiz gewährleistet werden kann. Es geht nicht darum, Leute ohne Sozialhilfeanspruch überzeugen zu können, dass sie versuchen sollen, Sozialhilfe zu erhalten. Es geht darum, den rechtstaatlichen Anspruch zu ermöglichen, sei das durch den Abbau von Vorurteilen oder Ängsten, Informationsoffensiven, mehr Beratungen, gezielte Informationen oder andere Massnahmen. Auch gehört dazu, die materielle Situation der betroffenen Menschen zu verbessern. Ansonsten riskieren wir gerade während der Pandemie auf eine gewaltige und gefährliche soziale Zeitbombe zuzusteuern, die im Interesse von niemandem sein kann.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Dem Bürger wird immer mehr Geld weggenommen, sodass am Ende des Monats immer weniger Geld zum Leben übrigbleibt, weil die rot-grüne Politik den Staat dazu treibt. Jetzt verlangt ein SP-Sprecher, dass Menschen, die heute nicht vom Staat leben, auch vom Staat leben sollen. Andere können dafür bezahlen. Das sind dann genau die armen direkt Betroffenen, die am Ende des Monats immer weniger Geld haben – der normale Mittelstand. Rot-grün macht unseren Staat kaputt, treibt die Ausgaben immer mehr nach oben und verlangt Berichte. Der SP-Sprecher beweist die Richtigkeit meiner Worte. Der Staat soll aufgeblasen und mehr Staatsangestellte beschäftigt werden. Es sollen Leute, die ohne Staat leben können, quasi dazu gezwungen werden, dass sie zuhause auf dem Sofa bleiben und Sozialhilfe entgegennehmen sollen. Wenn jemand nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, muss man dieser Eigenverantwortung applaudieren. Es ist beinahe unanständig, dass der SP-Sprecher mitleidig von Opfern der Corona-Krise spricht. Welche Partei will dann, dass unser Land weiterhin geschlossen bleibt und dass die Menschen weiterhin nicht arbeiten dürfen, auch wenn sie es wollen? Alle Parteien ausser der SVP. Dass die Linken nicht arbeiten wollen und dass sie wollen, dass der Sozialstaat sich um sie kümmert, überrascht nicht. Arbeit ist etwas Befriedigendes. Stattdessen werden die Leute in die Sozialhilfe getrieben.

Weitere Wortmeldungen:

Mélissa Dufournet (FDP): Wer Anspruch auf Sozialhilfe hat, regelt das Gesetz. Es gibt verschiedene Gründe, warum Personen diese nicht in Anspruch nehmen wollen, sei es Stolz, Scham oder Angst vor dem Staat. Es kann aber auch sein, dass sich diese Leute nicht offenbaren und sich nicht vom Sozialamt in ihre Finanzen reinreden lassen wollen. Auch das kann ein Grund sein und auch das gilt es zu akzeptieren. Es ist nicht an uns, diese Personen zu bevormunden. An den Gründen wird unseres Erachtens auch ein Bericht nichts ändern. Wir glauben nicht, dass ein Bericht Neues aufzeigen wird und dass er an der Gesetzeslage etwas verändern kann. Darum lehnen wir die Überweisung des Postulats ab.

Ronny Siev (GLP): Es gibt Leute, die Sozialhilfe beantragen könnten, das aber nicht tun. Die Postulanten wollen herausfinden, warum das der Fall ist. Die Begründung nennt

Scham, Stolz und Migrationsrecht. Weitere Gruppen sind alleinerziehende Eltern und Eltern mit hohen Unterhaltskosten und sinkenden Löhnen. Von ihnen weiss man, dass wenn sie unter die Armutsgrenze fallen, haben sie Anspruch. Sie haben aber keinen Bezug zum Sozialamt. Man könnte sagen, dass es besser für die Staatskasse ist, wenn die Leute Sozialhilfe nicht in Anspruch nehmen. Es ist aber verständlich, dass das Sozialamt wissen will, warum dies der Fall ist. Auch ich frage mich, wie der Bericht die Betroffenen ausfindig machen will. Trotzdem soll ein solcher Bericht aufzeigen, in welche Richtung die Sozialhilfe in Zukunft gehen soll, damit die Anspruchsberechtigten Hilfe erhalten. Darum werden auch wir das Postulat unterstützen.

Ernst Danner (EVP): *Nach einer gewissen Zeit im Rat bin ich der Meinung, dass die EVP immer in etwa der gleichen Position ihrer Politik bleibt. Aber relativ zum Rest vom Rat neigen wir mehr in Richtung Mitte-rechts. Jetzt befinden wir wieder uns an einem Punkt, bei dem das der Fall ist. Es gibt durchaus legitime Gründe, um auch mit Anspruch auf Sozialhilfe diese nicht zu beanspruchen. Das ist ein Abwägen der Vor- und Nachteile des Systems. Es gibt auch Leute, die ein Einkommen und vielleicht Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben, dies aber aus den genannten Gründen nicht wollen. Wir finden, dass das legitim ist. Es handelt sich nicht zwingend um mangelnde Information, sondern um ein Abwägen. Es ist auch der Willen, das Subsidiaritätsprinzip ernst zu nehmen und die Hilfe nur dann zu beanspruchen, wenn es nicht anders geht. Vielleicht gibt es Kinder, die darunter leiden. Wir denken, dass das kein zentrales Problem ist. Ich habe viel mit Leuten zu tun, die in solch prekären Situationen sind. Es gibt immer wieder Lösungen. Es gibt auch Hilfen, die familienintern laufen, wenn die einen Familienangehörigen Anspruch hätten und andere Verwandte unterstützen, obwohl sie nicht zahlungspflichtig wären. Wenn nun der Staat den Bezug der Sozialhilfe zusätzlich fördern soll, greifen wir in ein System ein, das funktioniert. Darum werden wir gegen die Überweisung des Postulats stimmen.*

Alan David Sangines (SP): *Ich bin beeindruckt vom Votum von Samuel Balsiger (SVP). Ihm gelingt es, bei jedem Thema konsequent kilometerweit am Thema vorbei zu sprechen. Das wird umso beeindruckender, wenn man feststellt, dass es sich um ein vorbereitetes Votum handelt. Laut Samuel Balsiger (SVP) geht es hier darum, dass Leute, die nicht Sozialhilfe beziehen, dazu gebracht werden, Sozialhilfe zu beziehen. In meinem Votum sagte ich, dass es nicht darum geht, Leute in die Sozialhilfe zu drängen; insbesondere nicht die ohne Sozialhilfeanspruch. Aber wenn es Leute gibt, die aus falschen Gründen wie Angst oder Scham auf ihren Anspruch verzichten, dann soll herausgefunden werden, wie diese erreicht werden können. Ich finde es bemerkenswert und bezeichnend, dass die SVP diese Leute als solche bezeichnet, die nichts tun und auf dem Sofa sitzen. Die Argumentation der FDP halte ich für billig und sie hat wenig mit dem Postulat zu tun. Man solle die Leute nicht bevormunden, wenn sie keine Sozialhilfe beziehen wollen. Wo im Postulat wird festgehalten, dass jemand in die Sozialhilfe gezwungen werden soll? Eine selbstbestimmte Meinung darüber zu bilden, ob man Sozialhilfe in Anspruch nehmen will oder nicht, gelingt durch die Befähigung der Leute, indem ihnen beispielsweise Informationen zur Verfügung gestellt werden. Wenn man sieht, dass beispielsweise Alleinerziehende auf ihren Anspruch verzichten, weil sie Angst haben, dass dann jeden Tag ein Detektiv vor ihrer Türe lauert, dann kann man sie darüber*

informieren, wie es wirklich aussieht. Wenn man Angst hat, dass man dann für immer geprägt ist oder dass man einen Eintrag hat, kann man sie darüber informieren. Wenn Leute Angst haben, dass sie ihre C-Bewilligung verlieren, kann man ihnen sagen, unter welchen Bedingungen die Sozialhilfe gefährlich werden kann oder nicht. Dann können sie selbst entscheiden, ob sie Sozialhilfe beziehen wollen oder nicht. Diese Begründung hat also nichts mit dem Postulatstext zu tun. Was mich im Votum der EVP erstaunt, ist die Aussage, dass die Kinder von Sozialhilfebeziehenden kein grosses Problem seien oder dass sie nicht darunter leiden, weil es ja ein Familiensystem und Verwandte gibt. Das halte ich für äusserst zynisch. In diesem Land sind sehr viele Kinder von Armut betroffen, ohne dass sie etwas dafür können. Acht Prozent der Kinder können es sich nicht leisten, Geburtstage oder Weihnachten zu feiern. Elf Prozent der Kinder können ihre Kleider nicht ersetzen, wenn sie kaputt gehen. Sieben Prozent der Kinder können nicht an Schulausflügen teilnehmen, wenn sie etwas kosten. Dann wird gesagt, dass es bei den Kindern nicht so schlimm sei, wenn die Eltern keine Sozialhilfe beziehen, weil sie es nicht wollen. Dafür habe ich kein Verständnis. Die Leute sollten befähigt werden, sich zu informieren. Wenn sie dann immer noch keine Sozialhilfe beziehen wollen, ist das ihnen überlassen. Man soll aber herausfinden, was das für Personengruppen sind, indem man mit Hilfswerken oder Beratungsstellen in Kontakt tritt und dann ermittelt, wie man die Leute befähigen kann, eine Entscheidung zu fällen, der dann immer noch ihr Entscheid ist.

Samuel Balsiger (SVP): *Der Sprecher der SP meinte, dass die SVP sage, dass jeder, der Sozialhilfe bezieht, faul sei. Das stimmt nicht. Es geht um ein konkretes Geschäft: Die SP will, dass die Leute, die keine Sozialhilfe beziehen, auch Sozialhilfe beziehen. Anstatt dass sie nach draussen gehen, für sich arbeiten und für die Familie schauen, sollen sie zuhause bleiben und Sozialhilfe beziehen. Das war die Aussage. Ich sprach konkret von diesem Geschäft, was zeigt, dass meine Voten nicht meilenweit vom Thema entfernt sind. Es stimmt aber, dass ich die Vogelperspektive einnehme und nicht immer alles kommagenau beschreibe. Das tue ich aber, weil die Vogelperspektive das Interessante ist. Sie können sich auf den kleinsten Nenner beziehen und meinen, dass das das Problem lösen kann. Das Gesamtproblem ist aber, dass der Staat immer mehr in die Taschen der Bürger eingreift und sich immer mehr ausbaut. Man muss dazu nur die Ausgaben der sozialen Wohlfahrt von den 1960er-Jahren bis heute betrachten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Das letzte Jahr zeigte uns, dass es soziale Brüche in unserer Gesellschaft gibt, die vorher teilweise nicht bestanden und teilweise zu wenig wahrgenommen wurden. Das ist der Grund, warum wir und andere Ebenen mit zahlreichen Massnahmen Unterstützung für Menschen anboten, die sonst Schwierigkeiten hätten, in der Krise über die Runden zu kommen. Ein Thema, das uns dabei beschäftigte, ist die Frage, wie gut das soziale Netz und insbesondere die Sozialhilfe hält. Fängt das letzte Netz, auf das wir unseres Erachtens eigentlich recht stolz sein konnten, diese Menschen tatsächlich entsprechend auf? Dieses Thema beschäftigte uns bereits teilweise vor Corona. Untersuchungen vor Corona zeigen, dass bis zu einem Viertel, der Menschen, die eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe haben, nicht darauf zugreifen. In Zeiten von Corona und aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Migrationsrecht dürften es*



5 / 5

mittlerweile mehr sein. Das muss uns beschäftigen. Wir haben einen Sozialstaat, in dem die Menschen aufgefangen werden, die das nötig haben. Diesen Anspruch haben wir mit unserem Netz. Wenn wir ihn nicht haben, sollten wir zumindest wissen, wer das Netz nicht in Anspruch nimmt und was die Gründe dafür sind. Der Stadtrat nimmt das Postulat auch im Sinne einer Reflektion darüber entgegen, wo wir heute mit dem Sozialstaat stehen, wo wir als Kommune mit der Sozialhilfe stehen und wo wir allenfalls Verbesserung anbringen müssen.

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat